

# Antrag

## auf

### Gewährung von Zuwendungen für die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen des EFRE-Programmes zur “Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung“

#### Gestaltung der Bereiche “Reitbahnviertel und Sonnenberg“ in Chemnitz

#### 1. Allgemeines

##### 1.1 An

Stadt Chemnitz  
 Amt für Baukoordination  
 Annaberger Straße 89  
 09120 Chemnitz

<i>Nicht vom Antragsteller auszufüllen</i>	
Eingangsstempel	
Datum des Eingangs	
Datum der Bewilligung	
Projekt-Nr.	

Ich/wir beantrage(n)

eine Finanzierungshilfe für die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen des EFRE-Programmes „VwV  
 Stadtentwicklung in den Fördergebieten „Reitbahnviertel und Sonnenberg“ in Chemnitz.

##### 1.2 Antragsteller

Firma		Straße/Hausnummer
Postleitzahl/Ort/Kreis	Gemeindekennziffer	Bundesland
Telefon/Fax	Name des Bearbeiters	

##### 1.3 Rechtsform

Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (falls notwendig, bitte erläutern)	Zuständiges Finanzamt
	Postleitzahl/Ort
	Steuer-Nr.

**1.4 Zuletzt wurden für die unter Punkt 2.1 angegebene(n) Betriebsstätte(n) öffentliche Finanzierungshilfen bewilligt bzw. beantragt:**

<i>Investitionszeitraum</i>	<i>Datum des Antrags sowie Datum und Aktenzeichen des Bewilligungsbescheids</i>
<i>Beginn</i> _____ Monat      Jahr 	
<i>Beendigung</i> _____ Monat      Jahr 	

*Frühere Anträge werden von der Bewilligungsbehörde zur Erfolgskontrolle und zur Entscheidung über den vorliegenden Antrag herangezogen.*

**1.5 Gehört die Betriebsstätte zu einem Unternehmen, das zu mehr als 25 % im Besitz eines anderen oder mehrerer anderer Unternehmen steht?**

nein

ja > Geben Sie bitte die einzelnen Beteiligungsverhältnisse an (ggf. Anlage):

Zutreffendes bitte ankreuzen

**1.6 Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte im Unternehmen/Jahresumsatz**

< 50

≥ 50

**Jahresumsatz über 10 Mio €**

nein

ja

**Jahresbilanzsumme über 10 Mio €**

nein

ja

**Besteht die Berechtigung zum Vorsteuerabzug?**

ja

nein

Wenn nein, dann ist die Bestätigung des zuständigen Finanzamtes vorzulegen

Zutreffendes bitte ankreuzen

Nicht vom Antragsteller auszufüllen

KMU i. S. d. Gemeinschaftsrahmens für staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen (VO (EG) Nr. 361/2003 der Kommission vom 20.05.2003)

ja

nein

**2. Angaben zum Investitionsvorhaben****2.1 Investitionsort**

Postleitzahl	Ort
Straße und Hausnummer	

**Befinden sich weitere Betriebsstätten des Antragstellers in Chemnitz?**
 nein

 ja ➤

Geben Sie bitte den Wirtschaftszweig und die Anschrift(en) der Betriebsstätte(n) an:

 Zutreffendes bitte ankreuzen
**2.2 Beschreibung und Begründung des unter Punkt 2 bezeichneten Vorhabens (als Anlage beifügen)**

Die vorgesehenen Investitionen sowie die Zukunftsaussichten der Betriebsstätte (z. B. die Absatzperspektive) sind in einer Anlage darzustellen, die auch die einzelnen Wirtschaftsgüter aufweist. Dabei ist auf die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens (z. B. Beteiligungen, Bezug von Rohstoffen und Vorprodukten, Produktionsziffern, Kapazitätsauslastung, Umsatz) einzugehen.

**2.3 Wirtschaftszweig der zu fördernden Betriebsstätte**

Kennzeichnung und Nummer der amtlichen Statistik

**Beschreibung der gewerblichen Tätigkeit**

Wenn sich die gewerbliche Tätigkeit auf mehrere Wirtschaftszweige erstreckt, bitte nähere Angaben: Z. B. prozentualer Anteil am Umsatz, erforderlichenfalls in einer Anlage.

**Angaben zum Absatzgebiet (zu den Abnehmern) für die in der Betriebsstätte erstellten Produkte und Leistungen**

Bitte nähere Angaben: z. B. prozentualer Anteil des Absatzes nach Kreisen, Bundesländern und Ausland, erforderlichenfalls in einer Anlage. Diese Angaben sind erforderlich, falls der überregionale Absatz zu bewerten ist. Sie sind ggf. in geeigneter Form nachzuweisen.

*Nicht vom Antragsteller auszufüllen*

Die zu fördernde Betriebsstätte erfüllt die Merkmale der GA-Förderung:

- gemäß Positivliste

 ja

 nein

- gemäß Einzelfallnachweis (vgl. geltenden Rahmenplan)

 ja

 nein

3. Angaben zu den Dauerarbeitsplätzen

3.1 Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze zu Investitionsbeginn

Frauen 1	Männer 2	Behinderte 3	innovative Apl 4	Ausbild.-plätze 5	Summe 1 + 2 + 3 + 4 + 5

3.2 Zahl der Arbeitsplätze nach Abschluß der Investition

("Dauerarbeitsplätze" müssen nicht nur physisch geschaffen, sondern auch tatsächlich besetzt werden)

Anzahl der geplanten zusätzlichen Dauerarbeitsplätze nach Abschluß der unter Punkt 4 genannten Investitionen

Frauen 1	Männer 2	Behinderte 3	innovative Apl 4	Ausbild.-plätze 5	Summe 1 + 2 + 3 + 4 + 5

Anzahl der geplanten gesicherten Dauerarbeitsplätze nach Abschluß der unter Punkt 4 genannten Investitionen

Frauen 1	Männer 2	Behinderte 3	innovative Apl 4	Ausbild.-plätze 5	Summe 1 + 2 + 3 + 4 + 5

4. Investitionskosten, ohne MWSt. (Vorlage von Kostenangeboten)

4.1	● <b>Gesamtinvestitionen in € (Summe Pkt. 4.2 – 4.10)</b>	
4.2	● <b>Kosten des Grundstückserwerbs</b>	
4.3	● <b>Investitionen der Ersatzbeschaffung</b>	
4.4	● <b>Anschaffungs- und Herstellungskosten für Fahrzeuge</b>	
4.5	● <b>Gebrauchte Wirtschaftsgüter</b>	
4.6	● <b>Veräußerungserlöse bei Betriebsverlagerungen</b>	
4.7	● <b>Entschädigungsbeträge bei Betriebsverlagerungen</b>	
<b>Gesamt in € (Summe 4.2 – 4.7), ohne MWSt.</b>		

4.8	● <b>Anschaffungs- /Herstellungskosten der zum Investitionsvorhaben zählenden</b>	
4.9	● <b>Anschaffungskosten immaterieller Wirtschaftsgüter</b>	
4.10	● <b>Anschaffungskosten zu leasender Wirtschaftsgüter</b>	
<b>Gesamt in € (Summe 4.8 – 4.10), ohne MWSt.</b>		

5. Zeitliche Durchführung der Investition

**Maßnahmebeginn:**

Tag	Monat	Jahr

**Maßnahmeende:**

Tag	Monat	Jahr

6. Falls Investitionen in mehreren Jahren durchgeführt werden sollen (max. 36 Kalendermonate, aber höchstens bis zum 30.09.2012)

Aufstellung der Investitionskosten	
Jahr	Betrag (€)

7. Finanzierung

● <b>Eigenmittel (€)</b>	
● <b>Fremdmittel, einschließlich aller Finanzierungshilfen (€)</b>	
<b>Gesamtfinanzierung (€)</b>	
(Mit Nachweis der Durchfinanzierung des Vorhabens durch Bestätigung der Hausbank) =====	

➤ Hinweis: Die Summe der Gesamtfinanzierung muß der Summe der Gesamtinvestitionen entsprechen.

**6. Erklärungen**

- 6.1 Ich/wir erkläre(n), mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung (Datum des Antragseingangs) begonnen zu haben
- 6.2 Ich/wir erkläre(n), daß Abwasser und Abfälle, die bei den unter Punkt 4 genannten Investitionen anfallen, ordnungsgemäß beseitigt bzw. entsorgt werden und daß sich die gegebenenfalls entstehenden Luftverunreinigungen in den zulässigen Grenzen halten werden.
- 6.3 Mir/uns ist bekannt, daß die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und daß ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, daß für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist.
- 6.4 Mir/uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt; insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde.

- 6.5 Mir/uns ist bekannt, daß die aus dem Antrag ersichtlichen Daten von der zuständigen Behörde in der Bundesrepublik Deutschland auf Datenträger gespeichert und in anonymer Form für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung verwendet werden.
- 6.6 Mir/uns ist bekannt, dass soweit es sich bei den Zuwendungen um staatliche Beihilfen im Sinne von Artikel 87 Abs.1 EG Vertrag handelt, erfolgt die Förderung nach Maßgabe und unter Einhaltung der Voraussetzungen der Verordnung (EG) Nr.1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG- Vertrag auf „DE- minimis“- Beihilfen (ABL. L 379 vom 28.12.2006, S. 5) oder der Verordnung (EG) Nr.800/2008 der Kommission vom 06.08.2008 zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 EG- Vertrag (allgemeine Freistellungsverordnung) (ABL. L214 vom 09.08.2008, S. 3) sowie deren Nachfolgeregelungen.

Ort/Datum
-----------

Unterschrift/Stempel
----------------------

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehmerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort/Datum
-----------

Unterschrift/Stempel
----------------------

**6.7 Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung**

Ich bin damit einverstanden, daß alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle (vgl. Punkt 1.1. der Erläuterungen) zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfaßt und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden oder die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschl. der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen.

Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

Ort/Datum
-----------

Unterschrift/Stempel
----------------------